

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

293 (13.12.1896) II. Blatt

! Ausgabe: Wöchentlich 10 Pf. monatlich. Abonnementpreis: Vierteljährlich: 3 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 60 Pf. Vorausbezahlung

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Dirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren: Die Ispaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., im Reklametheile 60 Pf. Bemerkungen: Unbenutzt gebliebene Einsetzungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 293. II. Blatt.

Karlsruhe, Sonntag, den 13. Dezember

1896

Die Anstellung von Militärämtern im Gemeindefeldbezirk.

Die schon erwähnte Denkschrift hat folgenden Wortlaut: Großherzogliches Ministerium des Innern

Beziehen wir uns ergebenst vorzutragen: Der durch die Presse bekannt gewordene, dem Bundesrathe zugegangene Entwurf von Grundrissen, durch welche gemäß § 77 des Militärverordnungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 22. Mai 1893 die Befugnisse der Subalternen und Unterbeamtenstellen der Gemeinden geregelt werden soll, greift unser Erachten nicht nur in die den Gemeinden in unserm Lande bisher zugehörige Autonomie in fester Weise ein, sondern ist auch dazu geeignet, das öffentliche Interesse schwer beeinträchtigende Konflikte zwischen den Gemeindeverwaltungen und den staatlichen Aufsichtsbehörden herbeizuführen. Wir halten uns daher für verpflichtet, gegen den Entwurf vorzugehen und zwar insbesondere in den folgenden Beziehungen:

1. Die Organisation des Gemeindefeldbezirks ist in den einzelnen deutschen Staaten und innerhalb eines und desselben Staates in den einzelnen Städten so verschiedenartig, daß eine einheitliche Regelung der bei Anstellung der Gemeindefeldbeamten zu beachtenden Grundzüge in der eingehenden Weise wie der Entwurf sie versucht, ohne die größten Unzulänglichkeiten überhaupt nicht möglich ist.

Offenbar liegt den wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs die Voraussetzung zu Grunde, daß in allen Gemeinden des Reichs die Beamten nach „Stellen“ geordnet sind und der Geschäftsbereich einer jeden Stelle nebst dem Gehalte ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit des Inhabers zum Vornehmen bestimmt ist. Dies trifft aber in Baden nur für ganz wenige Gemeindefeldbeamten (Gemeindefeldbeamter, Grund- und Pfandbuchführer und die Beamten, deren Dienstkreis durch Ortsstatut geregelt ist) zu, während im übrigen in weitgehender Weise die Funktionen, die von den Einzelnen zu versehen sind, diesen nach den verschiedenen Bedürfnissen des Dienstes und besonders nach ihren Fähigkeiten zugewiesen werden. So wird vielfach aus einem im Wesentlichen zunächst nur mit der Abfertigung von Abschriften betrauten Schreibstube nicht etwa dadurch ein mit der selbständigen Entwerfung von Verfügungen beauftragter Sekretär, daß der betreffende auf eine höhere „Stelle“ vorrückt, sondern dadurch, daß er, wenn er sich als tauglich erweist, allmählich mit selbständig zu erledigenden Arbeiten in größerem Umfange betraut und entsprechend besser bezahlt wird und daß er dann schließlich auch die noch besser bezahlte, gebührende Amtsbezeichnung erhält.

Ferner geht der Entwurf (vergleiche § 4 Ziffer 3) von der Voraussetzung aus, daß in den größeren Städten für die Verwaltung des mechanischen Schreibwesens besondere Bureauzweige bestehen, in welchen die fraglichen Geschäfte unter der Leitung eines Vorstehers erledigt werden. Auch dies trifft hiervon nicht zu. Für die verschiedenen Zweige der Gemeindeverwaltung, z. B. für das Armen-, das Schul- und das Begräbniswesen u. s. w., sind regelmäßig besondere Sekretariate eingerichtet, den Sekretären liegt es ob, die Verfügungen, welche nicht ihrer Wichtigkeit wegen von den Bürgermeistern selbst oder von besonders damit betrauten Stadträten ausgearbeitet werden, zu entwerfen, die Sitzungsprotokolle zu führen, die Einträge in den vorgeschriebenen Büchern (Feuerversicherungsbuch, Hauspandbuch u. s. w.) zu fertigen und endlich die Ausfertigungen der getroffenen Verfügungen zu besorgen. Im Bedürfnisfälle sind den Sekretären Kanzleiassistenten beigegeben, welche im Wesentlichen mit Abschriften beschäftigt sind, aber auch sonst den Sekretär zu unterstützen, z. B. minder wichtige Beschlüsse für ihn zu kopieren haben. Unter solchen Verhältnissen ist die Frage kaum zu beantworten, wer von diesen Beamten im Sinne des Entwurfs als „Bureauvorsteher“ zu gelten habe, ob z. B. nur diejenige Sekretäre, denen mehrere Kanzleiassistenten beigegeben sind, nicht hingegen ein anderer, der einen vielleicht wichtigeren und schwierigeren Dienst, allein oder mit nur einem Assistenten obzuliegen hat.

Um die Befähigung berechtigter lokaler Bewerberheiten zu ermöglichen, ist es unser Erachten durchaus notwendig, daß den Befähigungen der Einzelstaaten in weitem Umfange überlassen bleibt, die Gemeindefeldbeamten zu bezeichnen, die mit Militärämtern besetzt werden sollen, den Umfang zu bestimmen, in welchem eine solche Befähigung obligatorisch sein soll, sowie endlich das dabei zu beobachtende Verfahren zu ordnen. Aber auch dann wird den Verhältnissen der einzelnen Städte, die auch innerhalb des nämlichen Landes große Verschiedenheiten aufweisen, nicht genügend Rechnung getragen werden können. Es sollten daher unser Erachten die von den Negierungen zu erlassenden Bestimmungen die Regelung der Sache, so weit sie nicht statig für das ganze Land gleichmäßig erfolgen kann, dem Ortsstatut anheimgeben.

Wenn nun hingegen eingewendet werden wollte, daß auch für den Staatsdienst die bezüglichen Verhältnisse durch eingehende, auf das ganze Reich sich erstreckende Bestimmungen ohne wesentliche Nachteile geordnet sind, so ist zu berücksichtigen, daß die Organisation des Gemeindefeldbezirks in den einzelnen Gemeinden viel zahlreichere und größere Verschiedenheiten aufweist, als in den einzelnen Staaten. In allen Staaten herrscht naturgemäß das Stellen-system, d. h. die Zuständigkeiten und Gehalte der Beamten sind ohne Rücksicht auf deren Persönlichkeit zum Voraus schon genau bestimmt, wie es denn bei der großen, von der Leitung im Einzelnen nicht zu übersehenden Ausdehnung und Vielfältigkeit der Staatsverwaltung ganz unumgänglich wäre, die Zuständigkeiten je nach der Persönlichkeit des Beamten enger oder weiter, höher oder niedriger, festzusetzen. Auch wirkt im Staatsdienste ein Maßstab bei der Wahl eines Subalternen nicht in dem Maße nachteilig wie bei der Gemeinde, weil dem Staat in weit größerem Umfange, als dieser die Möglichkeit offen steht, durch Beförderung auf andere Stellen oder in einem anderen Ort den Maßstab wieder auszugleichen. — Endlich schließt sich der Staat gegen ungenügende Bewerber um öffentliche Dienste durch ein ausgebildetes System der Befähigungen des Staatsdienstes anpassender Prüfungen, wogegen solche für den Gemeindefeldbezirk nur ausnahmsweise bestehen und bei der geringen Zahl der in Betracht kommenden Stellen auch nicht wohl allgemein eingeführt werden können. Es muß hier vielmehr die Prüfung durch die Erprobung in der Praxis ersetzt werden, was aber nicht angeht, wenn Militärämtern, d. h. Personen, die der Gemeinde noch nicht gebührt haben, bei Beförderung der besser honorierten und daher auch wichtigeren Dienste einfach bevorzugt werden müssen.

2. Nach den §§ 3 und 4 des Entwurfs sind alle Stellen, deren Obliegenheit im wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen besteht, d. h. Dienststellen, sowie ferner alle Stellen im Kanzleibienste mit Militärämtern zu besetzen, während die übrigen Stellen mit Ausnahme jener der Kasserier und Bureauvorsteher, sowie jener, die eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erfordern, mindestens zur Hälfte mit Militärämtern zu besetzen sind. Bei aller Anerkennung des Interesses, welches der Staat an der Erhaltung eines tüchtigen Unteroffiziersstandes hat, und bei aller Wertschätzung der Vorteile, welche die militärische Schulung auch für den Gemeindefeldbezirk darstellt, scheinen uns diese Bestimmungen doch viel zu weit zu gehen.

Am besten eignen sich für die Beförderung mit Militärämtern die Dienststellen (Enddiener, Schlacht- und Viehhallemeister, Post-, Hausdiener, Schuldiener u. s. w.) und es werden auch tatsächlich solche Stellen vorzugsweise mit Militärämtern besetzt. Immerhin kann es aber vorkommen, daß in einem bestimmten Falle sich die Beförderung eines anderen Bewerbers aus dienstlichen Gründen dringend empfiehlt und es sollte dann die Gemeindebehörde nicht zur Anstellung des militärischen Bewerbers gezwungen sein. Wir bitten daher, dahin wirken zu wollen, daß jedenfalls nur ein Teil der in Betracht kommenden Dienststellen den Militärämtern vorbehalten bleibt. Wollte dagegen eingewendet werden, daß die Militärämtern selbst eine reichliche Auswahl darbieten, so widerspricht dem die Erfahrung; denn zu Stellen, die öffentlich ausgeschrieben wurden, pflegten sich jeweils neben zahlreichen Anwärtern aus dem Civilstande nur wenige Militärämtern

zu melden, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sich die Auswahl erheblich verringern würde, wenn nur Bewerber der letzteren Art zugelassen würden. Dabei wäre auch — was wir geradezu als inhuman bezeichnen müssen — die Anstellung von Personen, die wegen körperlicher Gebrechen ohne jede Schuld zum Militärdienst untauglich sind, in den niederen Gemeindefeldstellen schmerzhaft unmöglich gemacht. Solche Personen werden in größerer oder geringerer Zahl in fast allen Städten verwendet und würden ohnehin, da sie im Privatdienste, namentlich mit Rücksicht auf die Interessen der Betriebsstrafanstalten nur schwer unterkommen, wahrscheinlich der Armenpflege anheimfallen.

In noch höherem Maße als hinsichtlich der Beamten in Dienstleistung gelten obige Bedenken hinsichtlich der Kanzleibeamten, da sich für solche Stellen taugliche Militärämtern überhaupt nur spärlich anmelden. Die Zahl der mit Militärämtern zu besetzenden Kanzlei-Beamtenstellen sollte daher auf einen geringeren Bruchteil der Gesamtzahl reduziert werden, jedenfalls $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl nicht übersteigen, es bleibt dann den tauglichen Militärämtern die Verwendung in solchen Stellen immer noch gesichert.

Auch finanziell sind die Gemeinden daran interessiert, daß nicht allzu viele Militärämtern die Kanzleistellen einnehmen. Wie schon oben erwähnt, werden diese regelmäßig mit jungen Leuten besetzt, die zuerst als Volontäre und dann gegen Tagesgehälter arbeiten, in der Folge aber, wenn sie sich bewähren, mit wichtigen Geschäften betraut und schließlich auch mit Recht auf Ausbegehrt, sowie auf Witwen- und Waisenversorgung und mit der Anwartschaft auf gewisse künftige Gehaltszulagen angestellt werden. Die Verwendung jugendlicher Personen im Kanzleibienste hat für die Gemeinde naturgemäß eine Minderung der Pensionslast bedeutungsvoll, der Witwen- und Waisenversorgung zur Folge, da junge Leute im Durchschnitt längere Zeit dienstlich beziehungsweise am Leben bleiben als ältere. Die angehenden Schreibgehilfen sind meistens 16—18 Jahre alt, die Militärämtern 30—35. Es liegt schon auf der Hand, daß eine umfassende Verwendung der letzteren die Gemeinde mit erheblichen Kosten belastet, als sie bisher aufzubringen hatte. Auch dadurch werden Mehrkosten erwachsen, daß die Gemeinde, wenn nicht reichlich, so doch in beträchtlicher Weise ein älteres Personal zu honorieren, namentlich wenn er verheiratet ist, höher als einen eben jungen Menschen zu honorieren, wemocher er nicht mehr, sondern vielleicht weniger als dieser leistet.

Daß die höheren subalternen Stellen (§ 4 des Entwurfs) den Militärämtern zur Hälfte vorbehalten bleiben sollen, entspricht unser Erachten den Verhältnissen gleichfalls nicht. Für solche Stellen finden sich nur ganz ausnahmsweise taugliche Bewerber aus dem Militärdienste, da letztere für dieselben, z. B. für die Führung einer Registratur, für die Verwaltung der Rechnungswesen, der Expedition u. s. w. durchaus keine geeignete Vorbereitung darbietet. Daß es im Gemeindefeldbezirk schwer ist, durch Prüfungen dem Andrängen Untauglicher vorzubeugen, wurde schon oben erwähnt. In vielen Stellen des Gemeindefeldbezirks ist auch die Lokal- und Personalkenntnis der Bewerber das größte Gewicht zu legen, Eigenschaften, die überhaupt nicht durch eine Prüfung festgestellt werden können.

3. Wenn der Entwurf (§ 1 Absatz 2) vorschreibt, daß die Anstellungsbeurteilung eines Militärämtern sich auf denjenigen Bundesstaat a a t beschränkt, dessen Angehöriger er ist, und damit der Zweck verfolgt wird, den Militärämtern den Angehörigen des Bundesstaates des Anstellungsortes einen gewissen Vorzug zu geben, so wird die Erreichung dieses Zweckes dadurch nahezu vereitelt, daß die Bewerber der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate für einen Reichs- inländer lediglich eine Formfrage ist, und daß auch nichts im Wege steht, die Staatsangehörigkeit in mehreren Bundesstaaten zu erwerben und zu besitzen. Soll die Bestimmung einen praktischen Wert haben, so wäre eine gewisse Dauer der Staatsangehörigkeit (etwa von 2 Jahren) vorzuschreiben, damit zur Erwerbung derselben ad hoc, d. h. lediglich zur Erlangung einer Anstellung, weniger Bemühen vorliegt. Namentlich für die Städte, die eine größere Garnison mit zahlreichen norddeutschen Unteroffizieren besitzen, dürfte eine solche Beschränkung von Nutzen sein. Wenn auch die Anstellung von Nichtbürgern im Gemeindefeldbezirk selbstverständlich grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden soll, so ist es doch vollständig gerechtfertigt, daß gleich taugliche einheimische Bewerber bei einer Beförderung einer Stelle den Ausländern vorgezogen werden.

4. Die Bevorzugung eines Militärämtern vor einem Bewerber aus dem Civilstande sollte unser Erachten jedenfalls dann nicht statthaft haben, wenn der letztere den ersten an Tauglichkeit und Eignung für den Dienst überlegen ist. Nach den §§ 25 und 26 der Anstellungsgrundzüge für Militärämtern verlieren diese ihr durch den Civilverordnungs-Gesetz begründetes Recht nur durch Beförderung wegen schwerer Vergehen. Es kann nun Einer, ohne solche Beförderungen verwirkt zu haben, sich gleichwohl so geführt haben, daß er einen tüchtigen Mensch betrachten würde. Wenn nun ein solcher Militärämtern einem durchaus tüchtigen Bewerber aus dem Civilstande gegenüber vorgezogen werden muß, so schädigt dies nicht nur das Interesse der Gemeinden, sondern erregt auch ein ganz berechtigtes und tiefgehendes öffentliches Unvermögen.

5. Nach dem Entwurf (§ 15) soll die staatliche Aufsichtsbehörde über die Zulässigkeit einer informatorischen Befähigung der Stellenämtern entscheiden und ist die Anstellung eines einberufenen Militärämtern auf Probe und die Dauer von 6 Monaten beziehungsweise einem Jahre beschränkt. Unser Erachten ist dies ein sehr weitgehender und dabei ganz unnützer Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde. Wenn vorgeschrieben wird, daß die Militärämtern in den fraglichen Beziehungen nicht schlechter gestellt sein dürfen, als die übrigen Gemeindefeldbeamten, so wird damit den berechtigten Interessen des Militärdienstes reichlich genügt sein. Dabei muß auch darauf hingewiesen werden, daß in den Städten unseres Landes die definitive Anstellung der Beamten und Bediensteten jeweils erst nach 10jähriger Dienstzeit erfolgt, während vorher das Dienstverhältnis jederzeit kündbar ist. Hiervon die Militärämtern auszunehmen, wäre eine schreiende Ungerechtfertigkeit gegen die andern, während der allgemeine Abschluß unzulässiger Dienstverträge nach ganz kurzer Probezeit oder gar ohne solche den Gemeindefeldbezirk gefährden müßte.

6. Zu den schwersten Bedenken giebt uns die nach dem Entwurf der Staatsaufsichtsbehörde zuzuteilende Berechtigung Anlaß, die Gemeindebehörde zur Anstellung eines Militärämtern, den sie zurückgewiesen hat, im einzelnen Falle zu zwingen. Daß sich hieraus die unangenehmsten Konflikte zwischen Gemeindebehörde und Aufsichtsbehörde ergeben werden, ist zum Mindesten sehr wahrscheinlich. Auch der Gemeindefeldbezirk wird dadurch schwer geschädigt, da eine gezielte Dienstführung kaum möglich ist, wenn der untergeordnete Beamte seiner vorgelegten Behörde ausgenutzt wird und diese kein Vertrauen zu ihm hat. Auch im militärischen Interesse scheint ein solcher Zwang nicht erforderlich zu sein, da der Gemeindebehörde selbstverständlich die Pflicht obliegt, die bezügliche Verordnung wie jede andere zu beachten und da sie hierfür der Aufsichtsbehörde verantwortlich ist.

Es kann also die Durchführung der Verordnung gesichert werden, ohne daß die Aufsichtsbehörde das Recht erhält, die Gemeindebehörde gegen ihren Willen zur Anstellung einer bestimmten Persönlichkeit zu zwingen. Der Aufsichtsbehörde selbst aber dürfte es nur unangenehm sein, wenn sie der Verantwortung insoweit insoweit, die sie im Falle der Ausübung des Zwangs für die Dienstführung des dadurch begünstigten, tatsächlich übernimmt. Dabei ist noch darauf aufmerksam zu machen, daß der Begriff der „Befähigung“, nach welchem die Aufsichtsbehörde zu entscheiden hat, doch ein sehr unbestimmter und relativer ist. Unter einer Anzahl Bewerber können unter Umständen auch die geringsten den allerdings bestehenden Anforderungen des zu besetzenden Dienstes nur Not genügen und also befähigt sein, während die Anstellung solcher Personen doch schlechtmöglich wäre, wenn dabei vorzüglich befähigte Bewerber zurückgewiesen werden müßten.

Ein direkter Zwang der Aufsichtsbehörde dahin, daß die Gemeinde

eine bestimmte Persönlichkeit anstellt, paßt um so weniger in den Rahmen unserer Gesetzgebung, als die Gemeinde jederzeit berechtigt ist, innerhalb der durch den Dienstvertrag gezogenen Grenzen einen Beamten den Dienst zu kündigen bzw. denselben zu entlassen. Wollte auch dieses Recht verkürzt werden, so wäre die den Gemeinden eingeräumte Selbstverwaltung eines ihrer wertvollsten und wichtigsten Bestandteile beraubt, die Disziplin im Gemeindefeldbezirk aufs schwerste erschüttert und das gute Einvernehmen der Gemeindebehörde mit der Aufsichtsbehörde im höchsten Grade erschwert. Würde aber das Recht der Gemeindebehörde, einen Dienstvertrag aufzulösen, bestehen bleiben, so würde das der Aufsichtsbehörde, die Gemeinde zum Abschluß eines solchen zu zwingen, wirkungslos sein.

Wir unterlassen es, auf die Einzelheiten des Entwurfs, die uns vielfach unklar erscheinen und in verschiedenen Beziehungen sich den in den badischen Städten bestehenden Verhältnissen nicht anpassen, des Näheren einzugehen und bitten Großherzogliches Ministerium des Innern, dem Entwurf nur dann zustimmen zu wollen, wenn derselbe vollständig umgearbeitet, jedenfalls aber in den angeführten Beziehungen geändert wird.

Sollte es, wie wir sicher hoffen, erreicht werden, daß die näheren Bestimmungen über die Anstellung von Militärämtern den Einzelstaaten zugewiesen werden, so dürfen wir wohl bitten, es möchten die Gemeindeverwaltungen vor deren Erlassung gutachtlich darüber gehört werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

— **Chokolat Menier.** Das Haus Menier, welches der Chocoladefabrikation ihre heutige großartige Ausdehnung verschafft hat, auch die höchsten Preise und Ehrendiplome auf den Weltausstellungen erhalten, in Anbetracht der gemachten Bemühungen, denselben in der ganzen Welt einzuführen, indem es allen Klassen der Gesellschaft den Gebrauch der Chokolat Menier, vortrefflich und nahrhaft, erleichtert. Diese Tatsache erhält aus der kolossalen Bedeutung der in Reichthum installierten Werke, der größten Fabrik der Welt, welche allein in Frankreich jährlich 100 Millionen Stück herstellt, eine über alle Verhältnisse hinausgehende Wichtigkeit. So haben sich denn auch alle diejenigen, welche das großartige Aussehen dieser Werke bewundern, um sie alsdann im Einzelnen zu besichtigen, in diesem alle Mühen geführten Etablissement überall angetroffen wird, und eingesehen, warum dem Chokolat Menier, dessen täglicher Verkauf sich auf 50 000 Kilo beläuft, überall der Vorzug gegeben wird.

Verlosungen.

Stadt Genu 100 Fr. Lose vom Jahre 1880. Ziehung am 5. Dezember 1896.

44. Ziehung. Nr. 45392 zu 10 000 Fr. Nr. 28203 zu 1000 Fr. Nr. 18239 zu 300 Fr. Nr. 17370 43159 67468 zu 200 Fr. Nr. 12143 18589 19966 20023 25103 25965 28067 30687 31693 33187 44681 46427 52903 62823 63100 81286 90465 91346 94539 94749 95559 96503 97490 98016 98484 112069 112260 112524 117503 119426 129662 121618 127903 128450 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Juli 1898.

45. Ziehung. Nr. 34116 zu 15 000 Fr. Nr. 69982 zu 1000 Fr. Nr. 85787 zu 500 Fr. Nr. 19825 63223 zu 250 Fr. Nr. 3048 7470 8277 11120 12754 13541 17792 19285 20366 21700 24408 25917 28498 29217 29823 30580 30719 35706 47525 48594 63431 65146 61937 71105 76578 76641 81609 95666 99177 99609 100025 107696 110967 111472 112612 116152 119591 121758 127888 130604 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Januar 1899.

46. Ziehung. Nr. 72199 zu 10 000 Fr. Nr. 47243 zu 1000 Fr. Nr. 106864 zu 300 Fr. Nr. 42869 52122 99412 zu 200 Fr. Nr. 4440 6335 6428 9409 12947 24882 25195 29549 36971 39227 42410 43051 40344 46357 62113 63586 69130 78017 82252 82444 87163 89192 89329 91643 94902 101449 112801 113418 114688 128991 129608 131703 131707 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Juli 1899.

47. Ziehung. Nr. 5391 zu 15 000 Fr. Nr. 71937 zu 1000 Fr. Nr. 110360 zu 300 Fr. Nr. 44291 103296 zu 250 Fr. Nr. 3355 5745 6434 8330 10228 12987 14301 29180 33006 33810 36023 36757 41191 48551 49901 51738 52582 52789 53635 64214 64444 68153 73347 74891 77626 83547 90705 93047 95348 98070 98212 104574 106563 107741 109100 114815 117698 124175 125702 129637 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Januar 1900.

48. Ziehung. Nr. 56558 zu 10 000 Fr. Nr. 106283 zu 1000 Fr. Nr. 22120 zu 300 Fr. Nr. 72482 79682 106932 zu 200 Fr. Nr. 1537 2594 4805 6413 8120 12633 12727 13987 14039 17816 34640 35270 39634 45970 49411 60005 61119 65210 72481 73874 76379 80819 83636 83956 90100 91592 104508 110834 112774 120759 124953 128004 128122 129594 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Juli 1900.

49. Ziehung. Nr. 67129 zu 15 000 Fr. Nr. 86750 zu 1000 Fr. Nr. 37078 zu 500 Fr. Nr. 24712 123706 zu 250 Fr. Nr. 1103 5927 5950 13209 15414 17228 18030 21484 22003 29419 29569 32349 36722 39728 41312 44307 51582 59006 60752 63231 64851 70783 74839 76696 80637 94223 103799 107872 110672 112182 112482 113668 117403 118876 121244 126557 127149 127787 128666 129614 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Januar 1901.

50. Ziehung. Nr. 53051 zu 10 000 Fr. Nr. 72861 zu 1000 Fr. Nr. 3266 zu 300 Fr. Nr. 6016 50688 120627 zu 200 Fr. Nr. 8609 11460 12184 13509 14759 24162 29976 31558 31573 33228 35522 43512 52222 54698 59789 62047 64956 69296 69552 73121 75225 78181 78939 79055 91784 102344 11129 112200 115569 115673 121277 124206 125408 127386 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Juli 1901.

51. Ziehung. Nr. 59601 zu 15 000 Fr. Nr. 90074 zu 1000 Fr. Nr. 21762 zu 500 Fr. Nr. 29690 87665 zu 250 Fr. Nr. 2186 4933 7596 11148 15387 15556 22915 25447 31841 34892 39006 41293 41908 45011 48807 49754 62430 62647 65399 66531 69724 72146 81397 83442 86715 88923 89817 92822 96158 96330 105807 106181 110173 116378 117673 119987 120426 120831 125539 128060 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Januar 1902.

52. Ziehung. Nr. 125990 zu 10 000 Fr. Nr. 8237 zu 1000 Fr. Nr. 111613 zu 300 Fr. Nr. 82355 115693 121196 zu 200 Fr. Nr. 3855 10481 30948 37079 38004 49697 58525 60457 60506 61037 61513 61801 61835 62582 64201 78497 79572 80781 83209 87888 88418 89128 94693 95327 100540 109881 106785 109152 112819 113822 117708 117977 126407 127854 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Juli 1902.

53. Ziehung. Nr. 98751 zu 15 000 Fr. Nr. 7302 zu 1000 Fr. Nr. 33498 zu 500 Fr. Nr. 37857 110283 zu 250 Fr. Nr. 4193 5930 6006 9400 17504 18381 19068 20881 24192 25404 29593 31240 32781 35228 35741 42280 44187 44629 46927 67191 69527 76803 82630 82882 85112 87534 87862 88244 94644 95213 97144 99793 110671 112395 112459 113519 115826 117135 120782 121784 zu 150 Fr. Auszahlung am 15. Januar 1903. (Ohne Gewähr.)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Alexander Steinhilber, beide in Karlsruhe.

Gestorben.

Karlsruhe, 8. Dez. Sofie Wanner, Wauerss Ehefrau, 53 J. — 9. Dez. Karoline, B. Johannes Kunz, Schloßmeister, 10 M. 4. — 10. Dez. B. Johanna Kunz, Schloßmeister, 10 M. 4. — 11. Dez. Karl, 9. Dez. Emil de Tempel, Biermeister, 49 J. — 12. Dez. Freiburg, 8. Dez. Christian Seuffert. — 13. Dez. Konstanz, 8. Dez. Johanna Bringer. — 14. Dez. Hebesingen, 8. Dez. Theresia Frick, geb. Amann, 63 J. — 15. Dez. Vahr, 8. Dez. Haal Herbst, 63 J. — 16. Dez. Staufenberg, 6. Dez. Dionys Ulrich, Birt, 59 J. — 17. Dez. Salem-Waldorf, 5. Dez. Konrad Gebhart, Hauptlehrer. — 18. Dez. Gailingen-Wangen, 6. Dez. Regina Guggenheim, geb. Wohlg. — 19. Dez. Schallbach, 6. Dez. Karl Friedr. Müller, 25 J. — 20. Dez. Freiburg, 6. Dez. Leonie Lang, geb. Fejinger, 47 J.; Louis Weiffenrieder, Oberinspektor, 48 J.

